

PROTOKOLL

der Sitzung des Einwohnerrates auf
Freitag, 24. März 2023, 19.30 Uhr, im Rathaussaal

* * *

Traktanden:

1. Einbürgerungen
2. Projektierungskredit für die Erneuerung der Sommerhaldenstrasse und Gestaltung Begegnungsort, inklusive GEP-Massnahmen 50 a, 54 b und 19
3. Bewilligung eines Projektierungskredits für die Erweiterung der Schule Umiken mit Doppelkindergarten und Nutzflächen für die Tagesstrukturen und die Sanierung Altes Schulhaus
4. Berufs- und Weiterbildungszentrum Brugg (BWZ); Baukredit für bauliche Massnahmen zur Nachtauskühlung, zum Einbau einer Brandmeldeanlage und zur Umgestaltung der Umgebung
5. Motion Rita Boeck betreffend Ergänzung der Gemeindeordnung (wird vom Stadtrat abgelehnt)
6. Postulat Miro Barp betreffend Prüfung demontierbarer Bedachung eines Platzes zur wetterunabhängigen Durchführung von Veranstaltungen in der Stadt Brugg (wird vom Stadtrat abgelehnt)
7. Postulat Rita Boeck betreffend Verminderung Lichtverschmutzung Stadion Au (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

* * *

Vorsitz: Michel Indrizzi, Präsident
Aktuar: Matthias Guggisberg, Stadtschreiber
Stimmzähler: Matthias Rüede und André Schwarz

* * *

Präsenz: Es sind 44 Mitglieder anwesend. Entschuldigt haben sich die Damen Isabella Bertschi, Julia Grieder und Gina Sträuli sowie die Herren Peter Knecht, Titus Meier und Willi Wengi.

Aus gesundheitlichen Gründen musste sich Herr Stadtrat Roger Brogli entschuldigen.

* * *

Das Protokoll der Sitzung vom 20. Januar 2023 gilt in der vorliegenden Form als genehmigt.

* * *

Traktandum 1: Einbürgerungen

Herr Reto Bertschi, Präsident der Finanzkommission: Die Finanzkommission hat die Unterlagen zu den vorliegenden Einbürgerungsgesuchen geprüft und festgestellt, dass alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller die rechtlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme ins schweizerische Bürgerrecht vollumfänglich erfüllen. Ebenso sind die Prüfkriterien der Finanzkommission erfüllt. Die Aufnahme ins Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg kann den Einbürgerungswilligen somit zugesichert werden. Im Namen der Finanzkommission bitte ich den Rat, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenbezogenen Angaben entfernt.

Traktandum 2: Projektierungskredit für die Erneuerung der Sommerhaldenstrasse und Gestaltung Begegnungsort, inklusive GEP-Massnahmen 50 a, 54 b und 19

Herr Stadtrat Reto Wettstein: Mit dem Projekt zur Erneuerung der Sommerhaldenstrasse will der Stadtrat gleichzeitig mit der Realisierung des Fernwärmenetzes Sommerhalden durch die IBB Energie AG Synergien nutzen und den Strassenraum gesamtheitlich erneuern und aufwerten. Das Projekt ist mit den GEP-Massnahmen kombiniert, welche unter anderem eine Sanierung der Kanalisation und den Neubau einer Sauberwasserleitung beinhalten. Weiter sind folgende KGV-Themen Bestandteil bei der Ausarbeitung des Projekts: Einführung einer Tempo-30-Zone, einen Begegnungsort, attraktive und behindertengerechte Bushaltestellen und Behebung von Konfliktpunkten und Konfliktstrecken des Fuss- und Veloverkehrs.

Die Erneuerung der Sommerhaldenstrasse ist ein in die Zukunft gerichtetes Projekt, bei welchem Synergien genutzt werden und der Strassenraum ökologisch, verkehrs- und sicherheitstechnisch aufgewertet werden kann. Das Projekt verfolgt einen straffen Zeitplan.

Ich bitte den Rat im Namen des Stadtrates, den Anträgen für die Bewilligung der Kredite für die Projektierung der Erneuerung der Sommerhaldenstrasse und Gestaltung Begegnungsort und der Projektierung der GEP Massnahmen 19 Brunnenleitung, 50a Innensanierung Schmutzwasserleitungen und 54b neue Sauberwasserleitung an der Sommerhaldenstrasse zuzustimmen.

Herr Patrick von Niederhäusern: Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion. Am 10. Februar 2019 hat das Stimmvolk die Einführung von Tempo 30 im Stadtgebiet klar verneint. Jetzt unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat eine Vorlage, welche die Einführung einer Tempo-30-Zone sowie einen Begegnungsort auf der Sommerhaldenstrasse vorsieht. Im Dezember 2022 wurde seitens des Stadtrates versichert, dass die derzeitige Verkehrsregelung an der Sommerhaldenstrasse mit Tempo 30 nur provisorisch für die Dauer der Bauzeit der Heizzentrale sei. Nun will der Stadtrat jedoch gemäss Vorlage die Tempo-30-Zone an der Sommerhaldenstrasse definitiv einführen.

Die Sommerhaldenstrasse ist eine gut übersichtliche Strasse ohne enge Kurven und verfügt über ein Trottoir. Als Begegnungsort wird der Pausenplatz beim Schulhaus genutzt.

Ein Begegnungsort sollte sich nicht an einer Strasse befinden. Aus diesen Gründen beantragt die SVP-Fraktion die Rückweisung des Geschäfts. Wir bitten den Stadtrat, dem Einwohnerrat eine neue Vorlage ohne die Einführung einer Tempo-30-Zone vorzulegen.

Frau Lea Kalt: Ich spreche im Namen der SP-Fraktion. Einen Dank möchte ich vorab der Stadt für die bereits geleistete Arbeit aussprechen. Wir begrüßen die geplante Umsetzung der KGV-Massnahmen an der Sommerhaldenstrasse. Ausserdem bedeutet die Einführung von Tempo 30 eine Verbesserung der Sicherheit sowie der Lebensqualität. Die Sommerhaldenstrasse ist aufgrund von vielen Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Fortbewegungsmitteln stark frequentiert. Eine Tempo-30-Zone würde das gemeinsame und sichere Miteinander von verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern erleichtern. Zudem könnte man die Strasse von Fahrzeugen entlasten, welche zu Stosszeiten diese als Umfahrung der Zurzacherstrasse nutzen. Die Gestaltung eines Begegnungsortes sieht die SP-Fraktion als Chance, das Quartierleben im Ortsteil Lauffohr aufzuwerten. Entsprechend hoffen wir, dass bei der Ausarbeitung dieses Begegnungsortes der Fokus auf einen partizipativen Prozess mit der Bevölkerung gelegt und die Erarbeitung des Projekts entsprechend mit den dort lebenden Menschen gemeinsam erarbeitet wird. Der vorgegebene Zeitplan erscheint uns als eher knapp bemessen. Die SP-Fraktion wird beiden Anträgen zustimmen und lehnt den Rückweisungsantrag der SVP ab.

Herr Urs Bürkler: Ich spreche im Namen der Fraktion der Grünen. Ich möchte Herrn Patrick von Niederhäusern und auch die Gegner von Tempo 30 an folgendes erinnern: Die Bevölkerung hat anlässlich der Abstimmung vom 10. Februar 2019 in erster Linie darum gegen die Einführung von Tempo 30 gestimmt, weil seitens der Gegner immer wieder betont wurde, dass man nicht generell gegen die Einführung von Tempo 30 sei. Man würde Tempo-30-Zonen an Orten zustimmen, wo eine Temporeduktion Sinn macht. Dies wurde vor der Abstimmung seitens der Gegnerschaft immer wieder betont. Bei der Sommerhaldenstrasse handelt es sich um eine Wohnstrasse und einen Schulweg. Darum stellt sich mir die Frage: Wenn eine Tempo-30-Zone an der Sommerhaldenstrasse keinen Sinn macht, wo dann? Haben die Gegner von Tempo 30 überhaupt eine Vorstellung, bei welcher Strasse Tempo 30 Sinn machen würde? Die Fraktion der Grünen ist gegen den Rückweisungsantrag der SVP.

Damit ist die Diskussion zum Rückweisungsantrag der SVP erschöpft.

In der Abstimmung wird der Rückweisungsantrag mit 8 Ja zu 33 Nein abgelehnt.

Frau Julia Geissmann: Ich spreche für die Fraktion Die Mitte. Vielen Dank an den Rat, dass er den Rückweisungsantrag abgelehnt hat. Wir haben vorliegend ein Geschäft mit einem «Strauss» voller Massnahmen, welche alle das Gebiet rund um die Sommerhaldenstrasse betreffen. Auslöser dieses Projekts ist die Erstellung des Heizkraftwerks durch die IBB Energie AG. Dieses befindet sich heute bereits im Bau und benötigt eine Fernwärmeleitung entlang der Sommerhaldenstrasse. Um Synergien zu nutzen, wird die IBB Energie AG sogleich die Werkleitungen erneuern und die GEP-Massnahmen können umgesetzt werden. Die Mitte erachtet insbesondere den Bau der Sauberwasserleitung für den Überlauf des Brunnens am Rebmoosweg als sinnvoll. Und da die Strasse sowieso aufgerissen wird, macht es Sinn, dass auch die Gestaltung der Strassenoberfläche ins Projekt miteinfliesst. Die Mitte begrüsst zudem, dass bei der Projektierung die nachhaltigen Aspekte für die Strassensanierung, was die Motion vom 3. September 2021 der Fraktion der GLP «Berücksichtigung nachhaltiger Aspekte bei jeder Strassensanierung in der Stadt Brugg» verlangt, berücksichtigt werden.

Die Mitte ist gespannt, was für Varianten dem Rat unterbreitet werden. Dies auch in Bezug auf die Kriterien Klima, Ökologie, Begrünung sowie Gewässerschutz. Weiter sind wir gespannt auf die Lösungsvorschläge bezüglich die An- und Abreise der Schülerinnen und Schüler beim Schulhaus Langmatt im Kontext mit der Bushaltestelle, den Veloabstellplätzen, der Fusswege und dem Begegnungsort. Begrüssenswert wäre eine schattenspendende Allee entlang der Sommerhaldenstrasse oder ein neuer Quartiertreffpunkt. Die Mitte wird beiden Anträgen zustimmen.

Herr Jürg Hunziker: Ich spreche im Namen der FDP-Fraktion. Die FDP begrüsst das Sanierungsprojekt. Dies vor allem wegen den Synergien, welche so genutzt werden können. Wir erachten es als sinnvoll, dass der Stadtrat den Strassenraum gesamtheitlich erneuern will. Jedoch stellt sich uns die Frage, ob Tempo 30 wirklich die geeignete Massnahme ist, um die Sommerhaldenstrasse verkehrstechnisch sicherer zu machen. Eine entsprechende Umgestaltung des Strassenraums würde nach unserer Meinung einen grösseren Effekt punkto Sicherheit erzielen. Deshalb verlangen wir, dass die Notwendigkeit von Tempo 30 auf der Sommerhaldenstrasse klar ausgewiesen wird. Ausserdem sind wir der Ansicht, dass wenn ein Begegnungsort errichtet würde, man auf eine Tempo-30-Zone verzichten könnte.

Die FDP-Fraktion wünscht zudem, dass alle Zusatzkosten, welche aufgrund der Motion der GLP entstehen, entsprechend ausgewiesen werden.

Herr Patrick von Niederhäusern: Was stellt sich der Stadtrat unter einem Begegnungsort vor? Gemäss KGV hat der Begegnungsort nicht die gleiche Bedeutung wie eine Begegnungszone.

Herr Stadtrat Reto Wettstein: In Tempo-30-Zonen wird generell auf Fussgängerstreifen verzichtet. So haben die Automobilistinnen und Automobilisten grundsätzlich Vortritt. Zwischen der Bushaltestelle eins und zwei queren zu Stosszeiten sehr gedrängt viele Kinder die Sommerhaldenstrasse. Die Kapazität des Fussgängerstreifens wird dann oft überschritten. Deshalb benötigt es an dieser Stelle eine Lösung, welche hier als Begegnungsort bezeichnet wird und so den Fussgängerinnen und Fussgängern ein Vortrittsrecht verschaffen soll.

Herr Urs Bürkler: Wir sind froh, dass bei diesem Projekt Synergien genutzt werden. Wir hoffen, dass die Qualität des Projekts nicht unter dem Zeitdruck leiden wird. Die geplanten Massnahmen aus dem KGV begrüssen wir. Auf die Vorschläge für die Umsetzung des Begegnungsorts und der behindertengerechten Bushaltestelle sind wir gespannt. Auch begrüssen wir, dass die Vorgaben bezüglich der Motion der GLP ins Projekt miteinfließen.

Gemäss Vorlage ist für die Bearbeitung des Projekts eine Begleitkommission angedacht. Diese soll aus Vertretern des Stadtrates, der IBB Energie AG, der Schule, einer Landschaftsarchitektin oder einem Landschaftsarchitekten und einer Verkehrsplanerin oder einem Verkehrsplaner bestehen. Wir wünschen, dass auch eine Umweltfachfrau oder ein Umweltfachmann in diese Kommission miteingebunden wird. Dies soll sicherstellen, dass Kriterien wie Klima, Ökologie und Umwelt mit ins Projekt miteinfließen.

Die Fraktion wird auch dem zweiten Antrag des Stadtrates zustimmen. Jedoch haben wir auch hier eine Anregung: Wir begrüssen den Bau einer neuen Sauberwasserleitung. Wir schlagen jedoch vor, dass man dieses Wasser im Aufeld versickern lässt. Wir gehen davon aus, dass das Aufeld aufgrund von Trockenheit zukünftig in den Sommermonaten bewässert werden muss. Schon in den vergangenen Jahren wurde Wasser aus der Aare gepumpt, um das Feld zu bewässern. Es macht darum keinen Sinn, dass die angrenzende Leitung Wasser in die Aare ableitet. Sinnvoller wäre es, wenn man das Wasser in einem Tank oder Teich

sammeln und für die Bewässerung des Feldes nützen würde. Wir wünschen, dass dieser Aspekt bei der Erarbeitung des Projekts miteinfliesst.

Herr Adriaan Kerkhoven: Es freut mich, dass beim vorliegenden Projekt Varianten ausgearbeitet werden, welche die ökologischen Aspekte hoch werten. Wir begrüßen auch die geplante Begegnungsort, welche nicht nur den Schülerinnen und Schülern einen Mehrwert bringen wird. Es wohnen sehr viele Familien in diesem Gebiet. Es ist wichtig, dass sich diese an und auf der Sommerhaldenstrasse sicher fühlen.

Damit ist die Diskussion damit erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrats:

«Sie wollen für die Projektierung «Erneuerung der Sommerhaldenstrasse und Gestaltung Begegnungsort» einen Kredit von CHF 140'000 inkl. MWST, zuzüglich Teuerung ab April 2022 (ZH WBK-Index Basis 2020 = 100.0 Punkte), bewilligen.»

mit 35 Ja zu 8 Nein zugestimmt.

Dem Antrag 2:

«Sie wollen für die Projektierung der GEP Massnahmen 19 Brunnenleitung, 50a Innensanierung Schmutzwasserleitungen und 54b neue Sauberwasserleitung an der Sommerhaldenstrasse einen Kredit von CHF 43'000 inkl. MWST, zuzüglich Teuerung ab April 2022 (ZH WBK-Index Basis 2020 = 100.0 Punkte), bewilligen.»

wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

Traktandum 3: Bewilligung eines Projektierungskredits für die Erweiterung der Schule Umiken mit Doppelkindergarten und Nutzflächen für die Tagesstrukturen und die Sanierung Altes Schulhaus

Herr Stadtrat Jürg Baur: Die Stadt ist verpflichtet, Schulraum zu Verfügung zu stellen. Im Jahr 2013 fand die letzte grössere Schulraumplanung statt. Aus dieser resultierte die Gesamtsanierung und Erweiterung des Schulhauses Stapfer und der Ersatz- und Neubau des Doppelkindergartens Bilander. Aufgrund der Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen, den Veränderungen in der Bildungslandschaft sowie der Fusion mit der Gemeinde Schinznach-Bad, musste der im Dezember 2020 durch die Firma Basler & Hoffmann erstellte Bericht zur Schulraumplanung aktualisiert werden. Dieser zeigt, dass die Erweiterung des Schulraums der Primarschule in Umiken erste Priorität hat. Zweite Priorität haben die Schulanlagen der Oberstufen. Dritte Priorität hat die Primarschule Au/Erle, bei welcher auch die Zahl der benötigten Abteilungen stetig steigt. Als vierte Priorität wird im Bericht die Instandstellung der einzelnen Kindergärten genannt.

Am 22. Oktober 2021 hat der Rat dem Wettbewerbskredit für die Erweiterung der Primarschule Umiken mit Doppelkindergarten und der Nutzfläche für die Tagesstrukturen zugestimmt. Es wurde ein Kostendach von CHF 11 Mio. vorgegeben. Der Stadtrat hat den politischen Auftrag angenommen, ist mit den vorgegebenen Rahmenbedingungen in die Umsetzung gestartet und kann heute dem Einwohnerrat den Projektierungskredit unterbreiten. Ausführungen zum Gesamtterminplan sowie zum Siegerprojekt konnte der Rat aus dem Bericht samt Beilagen entnehmen. Das Siegerprojekt erfüllt die funktionalen Anforderungen und integriert sich städtebaulich in die bestehende Umgebung. Weiter verfügt es über eine langfristige Nutzungsflexibilität und bietet Potential für künftige Umbauten. Ebenfalls ist der Stadtrat der Ansicht, dass beim vorliegenden Projekt die Nachhaltigkeit gegeben ist. Mit einer zweistufigen Projektorganisation (Projektsteuerung und Projektleitung) soll das Projekt zukunftsorientiert sowie zielführend realisiert werden. Im zweiten Quartal 2024 wird dem Einwohnerrat voraussichtlich der Baukredit unterbreitet werden.

Mit der Zustimmung zum vorliegenden Projektierungskredit kann der nächste Schritt zur Schaffung von notwendigem Schulraum und der Sanierung des alten Schulhauses in Umiken angegangen werden.

Herr Rudolf Füchslin: Ich spreche im Namen der FDP-Fraktion. Die FDP beantragt die Rückweisung des Geschäfts. Grundsätzlich begrüssen wir eine rollende Planung, wie sie der Stadtrat verfolgt. Die Planung muss sich jedoch stetig den aktuellen Gegebenheiten anpassen können. Niemand kann vorhersagen, wie sich der Schulraumbedarf in den nächsten Jahren entwickeln wird. Deshalb muss eine Struktur geschaffen werden, welche flexibel und anpassungsfähig ist. Beim vorliegenden Projekt wird eine hohe Flexibilität für künftige Nutzungsanpassungen und Umbauten versprochen. Solche Umbauten an bestehenden Gebäuden entsprechen jedoch, gemäss meinen langjährigen Erfahrungen, nicht der Realität.

Eine Alternative zum jetzigen Vorgehen zur Schaffung von neuem Schulraum wäre ein Paradigmenwechsel beim Bau der Schulhausinfrastruktur. Die FDP-Fraktion würde es begrüssen, wenn zukünftig eine Leichtbauweise gewählt würde, bei welcher ein Rückbau auch realistisch wäre. So bleibt man in baulicher Hinsicht flexibel und könnte sich den aktuell bestehenden Gegebenheiten anpassen. Wir sind deshalb der Ansicht, dass es zukünftig temporäre Lösungen braucht, wie zum Beispiel mit der Verwendung von Schulcontainern. Zudem benötigen wir eine forcierte Klärung der Gesamtsituation. Dies insbesondere mit Blick auf den eventuellen Weggang der Berufsschule an der Baslerstrasse und den dadurch frei werdenden Schulraum. Mir ist bewusst, dass solche Änderungen Zeit und Geld benötigen. Ich möchte den Rat jedoch bitten, jetzt diesen Paradigmenwechsel zu vollziehen. Nur so kann eine zukunftsfähige Schule mit einer echten Flexibilität, welche sowohl ökologisch und finanziell nachhaltig ist, geschaffen werden.

Frau Leonie Woodtli: Ich spreche im Namen der SP-Fraktion. Ich teile die Ansicht von Herrn Rudolf Füchslin, dass mit dem vorliegenden Projekt die volle Flexibilität nicht gewährleistet werden kann. Der Bericht zeigt jedoch, dass wir diesen Schulraum schon vor drei Jahren benötigt hätten. Deswegen ist es auch nicht mehr möglich, nun einen komplett anderen Weg einzuschlagen. Ich bin aber durchaus dafür, dass man die von Herrn Rudolf Füchslin genannten Ideen zukünftig in Betracht ziehen würde. Aber der Schulraum in Umiken wird jetzt benötigt und deswegen ist die SP-Fraktion gegen den Rückweisungsantrag der FDP.

Herr Reto Bertschi: Ich bitte Herrn Stadtrat Jürg Baur, dem Rat mehr konkrete Informationen zum Bedarf an Schulraum beziehungsweise zur Schulraumplanung zu geben.

Herr Stadtrat Jürg Baur: Der Stadtrat folgt dem vierzigseitigen Grundlagenkonzept zur Schulraumplanung. Aktuell muss beim Schulhaus Umiken prioritär neuer Schulraum geschaffen werden. Zudem enthält das vorliegende Projekt die Option zur Schaffung einer Tagesschule gemäss den Legislaturzielen des Stadtrates. Der Stadtrat beschäftigt sich zudem bereits mit der Planung des Schulraums für die Oberstufe. Die Schülerinnen- und Schülerzahlen schreiten rasch voran. Auch diese Planung ist der Stadtrat bereits mit einem Planungsbüro, Vertretern der Schule und der Abteilung Planung und Bau angegangen.

Der Kanton hat heute Morgen eine Vernehmlassung im Zusammenhang mit der zukünftigen Nutzung der Räumlichkeiten an der Baslerstrasse gestartet. Die Schule verzeichnet ebenfalls ein starkes Wachstum der Schülerinnen- und Schülerzahlen. Der Kanton rechnet in den nächsten Jahren mit bis zu fünftausend Schülerinnen und Schülern bei der Berufsfachschule Gesundheit und Soziales. Diese werden in den Räumlichkeiten an der Baslerstrasse keinen Platz finden. Der Kanton steht darum vor einer Strategieentscheidung, wie es mit der Schule an diesem Standort weitergehen soll. Der Stadtrat wird die Situation weiterverfolgen und, falls Räumlichkeiten frei würden, eine entsprechende Prüfung vornehmen.

Herr Markus Lang: Die Stadt hat über viele Jahre Schulcontainer für Schulraum bereitgestellt. Eine Lösung, welche ich mir nicht zurückwünsche. Eine Schulraumplanung geht immer von Prognosen und Wahrscheinlichkeiten aus. Projekte dürfen nun nicht mehr weiter verzögert werden. Der Schulraum in Umiken wird jetzt dringend benötigt. Darum bitte ich den Rat, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Herr Daniel Zulauf: Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion. Die Fraktion unterstützt den Rückweisungsantrag der FDP. Die projektierten Kosten gemäss Bericht für die Bestandaufnahmen des Bodens sowie die Honorare des Generalplanerteams sind nachvollziehbar. Wir sind jedoch der Ansicht, dass die Höhe der Kosten von CHF 10'000 für das Honorar für verkehrsplanerische Abklärungen aufgrund einer einzigen Zufahrt zum Schulhaus, CHF 30'000 für die Vervielfältigungen von Plankopien sowie CHF 75'000 für Unvorhergesehenes, zu hoch und nicht nachvollziehbar sind. Der Einwohnerrat hat zudem bei der Bewilligung des Wettbewerbskredits ein Kostendach von CHF 11 Mio. festgesetzt. Im Bericht kann nun aber entnommen werden, dass sich das Total der Kosten auf CHF 11'120'000 (+/- 20 Prozent) belaufen. Wir verlangen vom Stadtrat eine klare Umsetzung der Vorgaben des Einwohnerrates und somit die Einhaltung des Kostendachs.

Frau Joya Süess: Ich spreche für die EVP-Fraktion, welche den Rückweisungsantrag der FDP unterstützt. Jedoch nicht primär aus Spargründen, sondern weil gewisse Themen noch ungeklärt sind und noch genauer definiert werden müssen. Wir erachten es zwar als positiv, dass beim Siegerprojekt eine ökologische Bauweise angewendet wird. Wichtig für uns ist jedoch ebenfalls, dass die Bauweise ein adressatengerechtes Lernklima ermöglicht. Wir bezweifeln, dass mit den vielen geplanten Fensterplätzen den Kindern ein lernförderliches Klima mit zumutbaren Temperaturen in den Sommermonaten ermöglicht werden kann. Ausserdem geht aus dem Bericht nicht klar hervor, was mit Aspekten von naturnahen und abwechslungsreichen Aussenanlagen konkret gemeint ist. Zudem wünschen wir eine Prüfung, ob bei einer allfälligen Tagesschule eine modulare Erweiterung oder Aufstockung möglich wäre.

Abschliessend sind wir der Ansicht, dass das vorliegende Projekt viele gute Ansätze hat, die genannten Punkte jedoch noch geklärt werden müssen. Aus diesem Grund stimmen wir für den Rückweisungsantrag der FDP.

Frau Nadine Christen: Ich spreche im Namen der Fraktion Die Mitte. Es ist schwierig, Prognosen über die Zukunft zu treffen. Bei der Schulanlage Umiken besteht aber dringend Handlungsbedarf. Die Erweiterung der Schulanlage ist unabhängig der Gesamtschulraumplanung notwendig und prioritär. Das Siegerprojekt hat unsere Fraktion überzeugt. Durch das Wettbewerbsverfahren ist ein sehr breites Lösungsspektrum präsentiert und unserer Ansicht nach die architektonisch und städtebaulich beste Lösung eruiert worden. Das Kostendach wurde nur leicht überschritten. Dabei gilt es zu beachten, dass seit der Beschlussfassung des Wettbewerbskredits im Oktober 2021 eine nicht unwesentliche Bauteuerung eingetreten ist. Fünf in der engeren Auswahl gestandene Projekte inklusive des Siegerprojekts haben das definierte Kostendach überschritten. Das günstigste Projekt wurde als weniger vorteilhaft eingestuft. Wir benötigen eine optimale Lösung. Das Siegerprojekt verfügt über eine grosse Flexibilität für allfällige künftige Nutzungsanpassungen und Umbauten. Es ist wichtig, vorausschauend zu planen, und das hat auch seinen Preis. Die Mehrheit der Mitglieder des Einwohnerrates besteht nicht aus Schulraumplanungs- oder Baufachleuten. Wir sind bei der Beratung von solchen Projekten auf Fachleute angewiesen.

Bei einer Rückweisung des Geschäfts müssten die betroffenen Kinder noch länger auf den benötigten Schulraum verzichten. Die Mitte wird den Rückweisungsantrag ablehnen und dem Projektierungskredit zustimmen.

Herr Adriaan Kerkhoven: Ich fände es schade, wenn man das vorliegende Projekt nicht lancieren würde. Ich erachte die Einwände der EVP aber als wichtig und sinnvoll. Ich hoffe, diese können entkräftet werden. Ich weise darauf hin, dass bei solchen Planungen immer ein gewisses Risiko für Ungenauigkeiten besteht. Zukünftig sollte man bei der Planung des Schulraums, auch im Hinblick auf allfällige Fusionen mit anderen Gemeinden, über die Gemeindegrenze hinausschauen und den Schulraum mit anderen Gemeinden gemeinsam planen. Den gesamten Schulraum an einem Ort zu zentralisieren, empfinde ich als nicht sinnvoll.

Frau Vera Becker: Die Fraktion der Grünen befürwortet grundsätzlich das vorliegende und gut ausgearbeitete Projekt. Positiv erachten wir die Tagesschule, welche integriert werden könnte sowie die geplante Begrünung der Fassade und den Minergie-P-Eco Standard. Beim Projekt könnte man noch verschiedene Verbesserungen anbringen, ohne aber das Geschäft deshalb zurückweisen zu müssen. Wir würden es begrüßen, wenn die Gebäude mit einer Photovoltaikanlage ergänzt werden könnten. Ausserdem wünschen wir bei der Begrünung der Aussenfassade sowie den Aussenplätzen Pflanzenarten, welche nebst der Kinderresistenzen auch der Biodiversität Rechnung tragen. Die Fraktion der Grünen lehnt den Rückweisungsantrag ab.

Herr Serge Läderach: Die Situation hat sich seit der Bewilligung des Wettbewerbskredits verändert. Es ist fraglich, ob der Schulraum in Umiken bis zur Vollendung des Schulhauses überhaupt noch benötigt wird. Offen ist, was mit den Räumlichkeiten an der Baslerstrasse geschieht, falls die Berufsschule an diesem Standort nicht weitergeführt wird. Bis diese Fragen geklärt sind, sollten in der Zwischenzeit als Übergangsphase Schulcontainer aufgestellt werden.

Herr Markus Lang: Ich möchte noch kurz auf den Fusionsvertrag mit der Gemeinde Umiken hinweisen. In diesem wird klar festgehalten, dass der Schulstandort in Umiken gesichert wird. Der Standort an der Baslerstrasse stellt nach meiner Ansicht keine Alternative zum bestehenden Schulraum dar.

Herr Stadtrat Jürg Baur: Mit einer Abnahme der Schülerinnen- und Schülerzahlen rechnet der Stadtrat aufgrund der Zuwanderung in absehbarer Zeit nicht.

Aufgrund der heutigen Situation bei der Schule Umiken kann der Entscheid des Kantons bezüglich Weiterführung der Berufsschule an diesem Standort nicht abgewartet werden.

Betreffend den geplanten Aussenanlagen ist in der Vorlage deklariert, dass die Aussenraumgestaltung noch weiterzuentwickeln ist. Diese soll in der Projektweiterbearbeitung aufgenommen werden.

Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt. Jedoch benötigen wir diesen Schulraum jetzt. Und mit dem vorliegenden Projekt können wir neuen und zukunftsorientierten Schulraum schaffen. Deshalb bitte ich den Rat, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen.

Herr Stefan Baumann: Ich bin der Meinung, dass man dem Rückweisungsantrag der FDP zustimmen soll, damit der Stadtrat die nötige Zeit erhält, um eine gesamtheitliche Lösung zu finden. Zwischenzeitlich kann das Schulraumbedarfsproblem, analog wie im Ortsteil Laufrohr, durch Schulcontainer gelöst werden.

Herr Stadtrat Reto Wettstein: Das Schulhaus ist eine Investition in die Zukunft, welche man nutzen kann und nicht an Wert verlieren wird. Es ist eine Tatsache, dass aufgrund der Zuwanderung die Schülerinnen- und Schülerzahlen kontinuierlich steigen. Die Bereitstellung von Schulraum gehört zu den Pflichten des Stadtrates und die Schulcontainerlösung in Laufrohr sollte dafür nicht als gutes Beispiel dienen.

Damit ist die Diskussion zum Rückweisungsantrag der FDP erschöpft.

In der Abstimmung wird der Rückweisungsantrag mit 19 Ja zu 23 Nein abgelehnt.

Frau Leonie Woodtli: Wir begrüßen, dass im Projekt eine allfällige Tagesschule bereits angedacht ist. Bevor man jedoch eine Tagesschule installiert, muss vorgängig ein gutes Konzept für diese erstellt werden. Wir unterstützen das Projekt aufgrund der vielen positiven Punkte.

Herr Markus Lang: Die Schulraumsituation war bereits vor zwanzig Jahren prekär, als Umiken noch eine eigenständige Gemeinde war. Bereits dazumal war die Schulraumerweiterung Thema.

Bei der Fusion wurde dann schriftlich ein Versprechen durch die Stadt abgegeben, dass der Schulraum in Umiken aufgrund der Schülerinnen- und Schülerzahlen erweitert wird. Die Schule Umiken weist derzeit die prekärste Lage im Vergleich zu anderen Schulstandorten in der Stadt auf. Hier ist der Handlungsbedarf am grössten.

Wir hoffen, dass das Projekt mit einer Photovoltaikanlage ergänzt wird. Sehr wichtig für uns ist zudem, dass die Baustellenorganisation klar aus dem Projekt hervorgeht. Es wird ein heikles Bauprojekt, bei welchem gleichzeitig zum Baustellenbetrieb auch der Schulbetrieb vorherrschen wird. Die Kinder müssen dabei geschützt werden. Das bedeutet, dass die Baustellenzufahrt ausschliesslich westlich von Umiken, über den sogenannten «Nüchtler», stattfinden darf.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen für die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Umiken einen Projektierungskredit in der Höhe von CHF 870'000 inkl. MwSt. bewilligen.»

mit 27 Ja zu 16 Nein zugestimmt.

Traktandum 4: Berufs- und Weiterbildungszentrum Brugg (BWZ); Baukredit für bauliche Massnahmen zur Nachtauskühlung, zum Einbau einer Brandmeldeanlage und zur Umgestaltung der Umgebung

Herr Stadtrat Reto Wettstein: Unter dem Motto «frischer Wind für das BWZ» möchte ich dem Rat das innovative Projekt schmackhaft machen. Das Berufsschulgebäude an der Annerstrasse wurde 1960 erbaut und 2001 saniert. Die Raumtemperaturen im Gebäude liegen in den Sommermonaten während Schönwetterphasen über den Aussentemperaturen und steigen in den südexponierten Räumen wiederholt auf deutlich mehr als 30 Grad Celsius. Diese Situation lässt kein gutes Lernklima für die Schülerinnen und Schüler zu. Der Schulvorstand hat deshalb im Juni 2021 einen Antrag an den Stadtrat gestellt, um die Entschärfung der Überhitzungsproblematik im Berufsschulgebäude anzugehen.

Das Projekt beinhaltet eine Kombination von verschiedenen Massnahmen zur Verbesserung des Raumklimas. Es ist vorgesehen, das Gebäude natürlich zu belüften und während der Nacht auszukühlen. Damit die Nachtauskühlung des inneren Kerns ermöglicht wird, werden über die hofseitigen Eingangstüren zwei motorgesteuerte Fensterflügel eingebaut. Ausserdem ist eine neue Brandmeldeanlage für das ganze Schulhaus geplant, welche die Sicherheit aufgrund der geplanten Änderungen im Gebäude weiterhin gewährleisten wird.

Im Planungsteam setzte sich die Erkenntnis durch, dass eine passive Nachtauskühlung nur erfolgreich sein kann, wenn das Umfeld des Berufsschulgebäudes einer sommerlichen Überhitzung entgegenwirkt. Hierfür soll der asphaltierte Platz südlich des Berufsschulgebäudes aufgebrochen und mit Bäumen bepflanzt werden. Zusätzlich soll die westseitige Rampe vom Gebäude entkoppelt und zu einem Teich, welcher durch Regenwasser gespeist wird, umgestaltet werden.

Herr Roland Leupi: Die FDP-Fraktion hat sich über die gut ausgearbeitete, detaillierte und verständliche Vorlage gefreut. Berufsschülerinnen und Berufsschüler müssen in sehr kurzer Zeit enorm viel Lernstoff aufnehmen. Ein gutes Lernumfeld mit einer akzeptablen Raumtemperatur ist dabei unerlässlich. Aus diesem Grund unterstützt die FDP-Fraktion die vorgeschlagenen Massnahmen zur Auskühlung des Gebäudes.

Der Einbau der Brandmeldeanlage stellt einen Kompromiss zwischen dem Nutzungsbedürfnis im Bereich des Foyers und den Brandschutzvorschriften dar. Grundsätzlich müssen die Fluchtwege freigehalten werden. Wenn dies jedoch wie im vorliegenden Projekt nicht möglich ist, müssen andere Massnahmen ergriffen werden, um das Risiko minimieren zu können. Das kann beim BWZ mit einer Brandmeldeanlage und der Vollüberwachung aller Schulräume erreicht werden. Auch begrünnen wir die Begrünung der Umgebung. Finanziell ist das Projekt aus Sicht der Stadt ein Nullsummenspiel, da die Kosten zwar vorfinanziert, diese jedoch durch den Kanton und das BWZ zurückerstattet werden. Gesamthaft gesehen erachtet die FDP-Fraktion das vorliegende Projekt als sinnvoll und wird deshalb der Vorlage zustimmen.

Frau Angelika Curti: Ich spreche im Namen der Fraktion Die Mitte. Das Projekt stellt eine sehr gute Lösung zur Abkühlung des Gebäudes dar. Die Notwendigkeit dieser Massnahmen ist unbestritten. Sehr erfreut sind wir darüber, dass die Kriterien zur Ökologie berücksichtigt werden und die Umgebung entsprechend begrünt wird. Die Mitte wird dem Projekt zustimmen.

Herr Silvan Brügger: Ich spreche im Namen der Fraktion der Grünen, welche dieses innovative Projekt unterstützt. Wir begrünnen die Entsiegelung zur Begrünung der Umgebung und die Umnutzung des Öltanks zu einem Regenwassertank für die Speisung des Teichs.

Frau Barbara Müller: Ich spreche im Namen der EVP-Fraktion. Wir begrünnen ebenfalls die Begrünung der Umgebung. Weiter ist das finanzielle Risiko bei diesem Geschäft für die Stadt klein. Deshalb stimmt die EVP dem Projekt zu.

Herr Stefan Baumann: Ich spreche in meinem Namen. Vorliegend haben wir wieder einmal ein Projekt mit einer grossen Wunschliste. Der Kanton beteiligt sich zwar zu einem grossen Teil an den Kosten. Dieses Geld stammt jedoch auch von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Aus meiner Sicht könnte man das Problem mit der Hitze in den Schulräumen auch organisatorisch lösen, indem man am Morgen und am Abend die Räume gut lüften würde. Wünschbares sollte von Notwendigem getrennt werden. Für mich bleibt fraglich, ob die geplanten Massnahmen zur Verbesserung des Raumklimas den gewünschten Effekt bringen werden.

Die Erneuerung der Brandschutzmeldeanlage für eine bessere Sicherheit ist meiner Meinung nach das einzige, was beim vorliegenden Projekt einen Sinn ergeben würde. Diese wäre jedoch nicht notwendig, wenn man am bestehenden Gebäude nichts verändern würde. Für die Stadt ist es aus finanzieller Sicht ein Nullsummenspiel. Es zeigt aber einmal mehr, dass Steuergelder für Luxusvarianten ausgegeben werden.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen für bauliche Massnahmen zur Nachtauskühlung, den Einbau einer Brandmeldeanlage und zur Umgestaltung der Umgebung der Berufsschulliegenschaft an der Annerstrasse einen Baukredit im Umfang von CHF 1'220'000 inkl. MWST, zuzüglich Teuerung ab April 2022 (Basis Zürcher Wohnbaukostenindex April 2020, Basis 100 %), genehmigen.»

mit 41 Ja zu 2 Nein zugestimmt.

Traktandum 5: Motion Rita Boeck betreffend Ergänzung der Gemeindeordnung (wird vom Stadtrat abgelehnt)

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Im letzten September hat das aargauische Stimmvolk einer Revision der Verfassung zugestimmt und damit die Grundlage geschaffen, dass sich Parlamentsmitglieder bei längerfristigen Abwesenheiten vertreten lassen können. Diese Regelung kann auch für die kommunalen Parlamente angewendet werden. Voraussetzung dafür ist eine entsprechende Ergänzung in der Gemeindeordnung. Das Gesetz sieht vor, dass bei Abwesenheiten von Minimum drei und Maximum zwölf Monaten durch Mutterschaft, Krankheit oder Unfall, eine Vertretung eingesetzt werden kann. Für die Gemeinden würden dabei die gleichen Regelungen gelten wie für den Grossen Rat. Da der Einwohnerrat jedoch lediglich fünf bis sechs Mal pro Jahr zusammenkommt, schätzt der Stadtrat den Aufwand dieser Stellvertreterregelung als unverhältnismässig und den effektiven Nutzen als gering ein. Deshalb empfiehlt der Stadtrat die Ablehnung der Motion.

Frau Rita Boeck: Ich nehme die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis. Die SP-Fraktion teilt die Ansicht des Stadtrates nicht, dass der Nutzen dieser Stellvertreterregelung für die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte gering wäre. Eine solche Regelung könnte auch den Druck beziehungsweise das schlechte Gewissen eines Ratsmitgliedes nehmen, falls es aus den genannten Gründen an Sitzungen verhindert sein sollte. Unsere Fraktion ist zudem der Ansicht, dass der administrative Aufwand für die Umsetzung der Stellvertretungsregelung für die Verwaltung gering ist. Ich beantrage deshalb die Abstimmung für die Überweisung meiner Motion.

Frau Jolanda Dättwiler: Die Fraktion der SVP folgt dem Antrag des Stadtrates. Wir sind der Ansicht, dass bei Mutterschaft die Teilnahme an den Sitzungen grundsätzlich möglich sein sollte. Bei krankheits- oder unfallbedingten Ausfällen von drei Monaten würde lediglich eine Sitzung verpasst werden. Bei länger andauernden Ausfällen müsste sich das betroffene Ratsmitglied fairerweise die Frage stellen, ob es zukünftig überhaupt noch in der Lage ist, das Amt auszuüben, oder ob es dieses dem nächsten Nichtgewählten der Liste weitergibt. Eine Kandidatur für die nächste Legislaturperiode wäre ja auch wieder möglich.

Herr Yves Gärtner: Jede Wohnerrätin und jeder Wohnerrat will ihre beziehungsweise seine Werte einbringen, um Brugg zu einem besseren Ort zu machen. Es ist nicht einfach, freiwillige Personen zu finden, welche sich für die Stadt in ihrer Freizeit engagieren. Und das Schicksal kennt keine Immunität für Parlamentsmitglieder. Wenn gewählte Mitglieder aus gesundheitlichen Gründen länger ausfallen, steht die Fraktion vor der schwierigen Entscheidung, ob sie auf die Stimme verzichtet oder ob das betroffene Ratsmitglied zurücktreten soll. Keine Fraktion will auf eine Stimme verzichten. Aber ein Parlamentsmitglied zum Rücktritt zu drängen, stellt eine unschöne Situation für die Fraktion dar. Die Fraktion der Grünen kann nicht nachvollziehen, wieso die Regelung nicht analog zum Grossen Rat auch beim Wohnerrat eingeführt werden soll. Der Aufwand ist überschaubar. Zudem wäre es nicht nur ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Wohnerrätinnen und Wohnerräten, sondern auch für alle Wahlberechtigten. Denn so kann das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien entsprechend dem Wahlergebnis angemessen gewahrt werden. Darum stimmt die Fraktion der Grünen der Überweisung der Motion zu.

Herr Serge Läderach: Der FDP-Fraktion fehlt nach wie vor eine schriftliche Begründung des Stadtrates, aus welchen Gründen er die Motion ablehnt. Dieser Antrag wurde bereits am 22. Oktober 2021 durch Herrn Titus Meier gestellt. Für eine gute Sitzungsvorbereitung ist das notwendig. Wir können den vom Stadtrat genannten Mehraufwand bei einer Einführung dieser Regelung ebenfalls nicht nachvollziehen.

Frau Andrea Rauber Saxer: Die Grünliberale Partei war die erste Partei, welche im Grossen Rat von dieser neuen Regelung profitieren konnte. Dadurch konnte diese Stimme im Grossen Rat aufrechterhalten werden. Wir sind der Ansicht, dass diese Regelung auch für den Wohnerrat sinnvoll ist. Längerfristige Ausfälle lassen sich leider nicht vermeiden. Es wäre schade, wenn man in dieser Zeit auf eine Fraktionsstimme verzichten müsste. Aus diesem Grund unterstützt die GLP-Fraktion die Motion von Frau Rita Boeck.

Frau Joya Süess: Die EVP-Fraktion unterstützt die Motion von Frau Rita Boeck. Wir sind der Ansicht, dass die Stellvertreterregelung sinnvoll ist und ein ausgeglichenes Parlament sicherstellen kann.

Damit ist die Diskussion erschöpft. In der Abstimmung wird die Motion mit 31 Ja gegen 12 Nein überwiesen.

Traktandum 6: Postulat Miro Barp betreffend Prüfung demontierbarer Bedachung eines Platzes zur wetterunabhängigen Durchführung von Veranstaltungen in der Stadt Brugg (wird vom Stadtrat abgelehnt)

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Der Stadtrat ist mit Herrn Miro Barp einig, dass Veranstaltungen einen wesentlichen Beitrag zur Attraktivität der Stadt beitragen können. Deshalb unterstützt der Stadtrat auch Veranstaltungen mit der Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten, mit Dienstleistungen der Verwaltung (Werkdienst, Regionalpolizei etc.) sowie finanziellen Beiträgen. Trotzdem steht der Stadtrat dem Anliegen von Herrn Miro Barp kritisch gegenüber. Die verschiedenen Veranstaltungen in der Stadt sind in punkto Örtlichkeiten sehr unterschiedlich geprägt. Entsprechend schwierig ist es, einen Platz zu finden, welcher alle Bedürfnisse abdecken würde. Auch hat der Stadtrat Respekt vor den anfallenden Kosten für eine solchen Bedachung. Eine derartige Installation würde erhebliche Kosten mit sich bringen. Der Markt bietet heute unzählige mietbare Lösungen an, welche auf die verschiedenen Bedürfnisse an eine temporäre Installation zugeschnitten sind. Aus diesen Gründen lehnt der Stadtrat das Postulat ab.

Herr Miro Barp: Die Ratsmitglieder sollen die Gelegenheit erhalten, Stellung zum vorliegenden Vorstoss zu nehmen, ob ihnen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Stadt etwas wert ist und ob der Rat etwas gegen die zunehmende Anonymität in unserer Region unternehmen will. Vielleicht könnte mit dieser Massnahme auch der zunehmenden Gewalt- und Aggressionskultur entgegengetreten werden. Ich beantrage die Abstimmung im Rat.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird das Postulat mit 8 Ja gegen 33 Nein nicht überwiesen.

Traktandum 7: Postulat Rita Boeck betreffend Verminderung Lichtverschmutzung Stadion Au (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Die Reduktion des Energieverbrauches und die Verminderung der Lichtverschmutzung ist ein Anliegen des Stadtrates. Die Beleuchtungstechnologie hat in den letzten Jahren punkto Energieeffizienz und Reduktion der Lichtverschmutzung einen grossen Fortschritt erfahren. So sind heute Produkte verfügbar, bei welchen eine Stromeinsparung bis zu vierzig Prozent möglich ist sowie eine präzise Lichtverteilung gewährleistet wird. Der Stadtrat hat bereits im Jahr 2007 einen Ersatz der Beleuchtung im Stadion Au vorgesehen. Aus Kostengründen wurde jedoch auf die Erneuerung verzichtet.

Auch wenn das Potential des Energiesparens durch Erneuerung von Leuchtmitteln in Innenräumen viel grösser wäre, unterstützt der Stadtrat das Sparen von Energie und das Reduzieren von Lichtverschmutzung durch die Prüfung eines Ersatzes der Beleuchtung bei den Sportplätzen. Der Stadtrat ist darum gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Frau Rita Boeck: Ich bedanke mich beim Stadtrat, dass er meinen Vorstoss entgegennehmen will.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Eine Abstimmung über das Postulat entfällt, da dieses vom Stadtrat entgegengenommen wird.

Der Präsident gibt den Eingang folgender Vorstösse bekannt:

- Kleine Anfrage André Schwarz betreffend Entwicklung Kriminaldelikte Region Brugg
- Kleine Anfrage Patrick von Niederhäusern betreffend Begegnungs- und Tempo-30-Zonen
- Kleine Anfrage Pascal Ammann betreffend Privatunterbringung von geflüchteten Menschen
- Postulat Alexandra Dahinden betreffend Verbesserung der Informationen für Betroffene von häuslicher Gewalt
- Postulat Pascal Ammann betreffend Wohnraum für junge Geflüchtete in Ausbildung
- Postulat Pascal Ammann betreffend Sozialraumanalyse Bahnhof Brugg/Neumarkt

Der Präsident macht folgende Mitteilung:

- Vera Becker (Grüne) und Esther Graf (EVP) treten per 31. März 2023 aus dem Einwohnerrat aus. Der Präsident dankt den beiden Austretenden für ihren Einsatz, übergibt ihnen ein Präsent und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute.
- Die nächste Sitzung findet am 23. Juni 2023 statt.

Schluss der Sitzung: 21.40 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATES

Der Präsident:



Der Aktuar:

